



Gegenwind bekommt Gouverneur Kiciloff inzwischen nicht nur von der Opposition, die die Zunahme der Neuinfektionen mit der Vernachlässigung der Sicherheitsprotokolle in privaten Haushalten in Verbindung bringt, sondern angesichts der Schulschließungen vor allem auch von erzürnten Eltern, die nach einem Jahr Homeschooling und den nachweislich geringen Infektionsraten in den Bildungseinrichtungen ihren Unmut bekunden, einerseits durch friedliche Proteste, andererseits aber auch vor Gericht. Der Präsenzunterricht ist nicht nur für die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und somit für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtig, sondern vor allem auch, weil er den Alltag der Schüler strukturiert, deren sozialen und intellektuellen Fähigkeiten ausbaut und so die psychologische Belastung der Pandemie, verursacht durch häusliche Gewalt, Kinderarbeit, Existenzangst, Stress oder Einsamkeit, abmindert. Weiterhin ist mehr als die Hälfte der Schüler auf die Essensausgaben in den Bildungseinrichtungen angewiesen. Sind die Schulen geschlossen, dann sind vor allem die Kinder nichtregistrierter Arbeitnehmer und Selbstständiger auf die Armeinspeisungen angewiesen, da ihre Eltern ohne Betreuungsmöglichkeiten ihrer Tätigkeit nicht nachgehen können und folglich keine Vergütung erhalten. Oft müssen die Kinder auch mitarbeiten, wenn sie zuhause sind, und verlieren so jeglichen Anschluss zum Schulsystem. Häufig brechen sie ihre Schullaufbahn dann ganz ab. Aus diesen Gründen soll der Schulbetrieb angesichts der erfolgreich implementierten Hygienevorschriften nicht mehr unterbrochen werden.

Präsident Alberto Fernández' Glaubwürdigkeits- und Rückhaltsverlust

Die zunehmend widersprüchlichen, ambivalenten und polarisierenden Aussagen von Präsident Alberto Fernández (*Frente de Todos*) bei seinen öffentlichen Ansprachen in verschiedenen Teilen des Landes kosteten ihn privaten Meinungsforschungsinstituten zufolge bereits mehr als 40 Prozent seiner Beliebtheit und Wählergunst. Nicht zuletzt im Rahmen der Bildungsdebatte verstrickte er sich in polarisierenden Widersprüchen. So hatten unmittelbar vor der Bekanntgabe der Ausgangssperren und Schulschließungen in Hochinzidenzgebieten vom 16. April sowohl Gesundheitsministerin Carla Vizzotti, als auch Bildungsminister Nicolás Trotta Homeschooling eigentlich von den bevorstehenden Einschränkungen ausgeschlossen. Nach Fernández' Alleingang am Abend desselben Tages mussten sie ihre Aussagen jedoch revidieren. Vor allem die moderaten Wähler sind von der Wankelmütigkeit und Unberechenbarkeit des argentinischen Staatsoberhauptes enttäuscht. Sie hatten am Wahltag auf Fernández' Dialogbereitschaft und ernsthaften Willen zur Konsensfindung gesetzt. Stattdessen schlägt dieser immer häufiger linkspopulistische, aggressive und teilweise auch beleidigende Töne gegenüber der Opposition und Medienvertretern an. Daher wird ihm immer öfter Charakterschwäche, Nähe zum Linkspopulismus von Vizepräsidentin Cristina Fernández de Kirchner und Realitätsverlust nachgesagt. Mit seinen improvisierten und emotionsgeladenen Reden und unbedachten Äußerungen zog er nicht zuletzt die Wut der Eltern und des Gesundheitspersonals auf sich. Der politische Konflikt zwischen der Regierung und Opposition eskalierte auch insofern, als dass Bürgermeister Rodríguez Larreta unmittelbar nach der präsidentiellen Bekanntgabe der zeitweisen Schulschließungen Mitte April Klage beim Obersten Gerichtshof einreichte. Bildungspolitik ist in Argentinien nämlich seit der Verfassungsreform 1994 Angelegenheit der autonomen Städte und Provinzen. Eine entsprechende Urteilsprechung erfolgte zwar nicht vor Ablauf des Dekrets, fiel Anfang Mai jedoch unter Vorbehalt zugunsten der Stadt Buenos Aires aus. Um die politischen Wogen zu glätten, zog Bürgermeister und potentieller Präsidentschaftskandidat der Opposition Rodríguez Larreta nun gestaffeltes Homeschooling für Sekundarschüler in Betracht.



Neue Maßnahmen trotz Haushaltsloch wegen stockender Impfkampagne erforderlich

In seiner ungewohnt ausgewogenen und sachlichen Ansprache vom 27. April kündigte Präsident Alberto Fernández schließlich die Verlängerung der Mitte des Monats erlassenen Ausgangssperren und Einschränkung des öffentlichen Lebens bis zum 21. Mai an. Für Einwohner risikobehafteter Distrikte bedeutet dies Homeoffice, Homeschooling, eingeschränkte Öffnungszeiten, Stornierung geplanter Veranstaltungen, Reisen und Bauarbeiten sowie eine genehmigungspflichtige Nutzung des Personennahverkehrs. Infolge der zahlreichen Proteste der Zivilgesellschaft stockte die Regierung die sozialen und wirtschaftlichen Hilfsleistungen zur Minderung der sozioökonomischen Folgen des Lockdowns um drei Milliarden argentinischen Pesos (ungefähr 26 Millionen Euro) auf. Gleichzeitig solle das Gesundheitssystem weiter aufgerüstet werden. Die Einschränkung der Freizügigkeit sei erforderlich, um einer noch schnelleren Ausbreitung des Virus' und somit einem Kollaps des Versorgungssystems vorzukommen. Nichtsdestotrotz ist auch das gegenwärtige Haushaltsdefizit in der Höhe von sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts besorgniserregend. Die kontinuierliche Notenausgabe der Zentralbank (bisher 3,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts) gleicht diese kaum aus. Argentinien kann aufgrund seines hohen Länderrisikos (mehr als 1.500 Punkte), der un abgeschlossenen Umstrukturierung seiner bereits aufgenommenen Auslandsschulden und der damit einhergehenden mangelnden Kreditwürdigkeit im internationalen Finanzmarkt derzeit kaum neue Auslandsschulden aufnehmen, um seinen Haushalt zu sanieren. Das Wirtschafts- und Produktionsministerium versuchen daher die Folgen der steigenden Inflation durch Preiskontrollen auszubremsen. Dies gelingt jedoch nur teilweise und ist langfristig nicht haltbar. Die Konsequenzen tragen dabei vor allem die einkommensarmen Haushalte sowie die untere Mittelschicht, die nach und nach ganz in die Unterschicht abrutscht.

In Anbetracht der schleppenden Impfkampagne scheint an den neuen Einschränkungen kein Weg vorbeizuführen. Probleme beim Abfüllen in Mexiko des in Argentinien produzierten Impfstoffs von AstraZeneca, der Exportstopp der indischen Produktion von AstraZeneca (Covishield) aus Indien aufgrund der dortigen Gesundheitslage, unerfüllte Lieferverträge des russischen Labors Gamaleya - Hersteller des Vakzins Sputnik V -, sowie die geringfügige Beteiligung Argentinien an der Covax-Initiative der Weltgesundheitsorganisation führten hierzu. Auch das Ausbleiben der BioN-Tech-Pfizer-Lieferung 2020 aufgrund ungeklärter Haftungsfragen verschlechtert die gegenwärtige Situation. Ebenso trugen die Bemühungen der einzelnen Provinzen, Kaufverträge mit ausländischen Labors zu unterzeichnen, bisher nicht die erhofften Früchte. Daher setzt das argentinische Labor Richmond nun auf die lokale Produktion von Sputnik V. Ein erster Batch befindet sich momentan zur Qualitätssicherung in Russland. Sollten die Standards erfüllt werden, könnte im Juni die Massenproduktion aufgenommen werden. Auch eine lokale Herstellung des chinesischen Impfstoffs Sinopharm ist im Gespräch. Weiterhin wird der Impfstoff des Tübinger Biotechunternehmens CureVac momentan im Ballungsraum Buenos Aires klinisch untersucht und könnte nach erfolgreichem Abschluss der Testphasen unter Umständen erworben werden. Wegen all dieser Herausforderungen konnte die argentinische Regierung bis Ende April lediglich 2,2 Prozent der Bevölkerung vollimmunisieren, 15,5 Prozent erhielten eine erste Impfdosis.

